

## **Antragsheft 3**

---

### **1. Tagung des 8. Landesparteitages**

**am Samstag, 13. März 2021 und Sonntag, 14. März 2021  
in der Leonore-Goldschmidt-Gesamtschule (IGS Mühlenberg)  
Mühlenberger Markt 1, 30457 Hannover**

## **Vorschläge für die Arbeitsgremien des 8. Landesparteitages**

### **Tagespräsidium:**

Franziska Junker, Arnold Neugeborn, Benny Koch-Böhnke, Anni Huber, Daphne Weber, Johannes Drücker, Anne Zimmermann.

### **Protokoll:**

Felix Mönkemeyer, Jessica Kaußen

### **Mandatsprüfung:**

Kathrin Otte, Stephan Marquardt, Rita Krüger, Agnes Hasenjäger

### **Wahl- / Zählkommission:**

K.-W. Depker, Viktoria Kretschmer, Giesela Brandes-Steggewentz, Daniel Josten, Bettina Kubiak, Kai Jesiek, Siggie Meyer, Andreas Mantzke

### **Antragskommission:**

Thorben Peters, Salim Hemeed, Hans-Henning Adler

# Änderungsanträge zum Leitantrag

## Änderungsanträge des AKL-LSPR an den Leitantrag des 8. Landesparteitags der Partei DIE LINKE Niedersachsen (Anträge Ä1 – Ä19)

### Ä1

Zeile 4: „Neoliberalismus befindet sich in einer tiefen Krise – ökonomisch, politisch und ökologisch. Offenkundig ist, dass die Politik der letzten Jahre (Privatisierung öffentlicher Güter, Demokratieabbau und Sozialstaatabbau) für eine wirkliche Lösung grundsätzlich überwunden werden muss.“

Ersetzung: „Kapitalismus befindet sich in einer tiefen Krise – ökonomisch, politisch und ökologisch. Dies überrascht uns nicht, da Krisen im Kapitalismus vorprogrammiert sind. Ein System, das auf Profit, Konkurrenz, Ungleichheit, Krieg und Umweltzerstörung basiert, können wir uns nicht leisten. Eindeutig ist, dass die neoliberale Politik der letzten Jahre (Privatisierung öffentlicher Güter, Demokratieabbau und Sozialstaatabbau) sowie der Kapitalismus insgesamt für eine wirkliche Lösung grundsätzlich überwunden werden muss.“

Begründung: Nicht nur die spezielle neoliberale Form des Kapitalismus ist das Problem, sondern der Kapitalismus generell. Wir geben uns beispielsweise nicht mit etwas mehr Sozialstaat im Kapitalismus zufrieden. Zudem sollten wir aufzeigen, dass Krisen im Kapitalismus die Regel sind und nicht völlig selten, zufällig oder überraschend auftreten.

### Ä2

Zeile 19ff: „Die herrschenden Reaktionen auf Corona haben die beginnende Wirtschaftskrise zu einer Wirtschaftskatastrophe werden lassen.“

Ersetzung: „Die Corona-Pandemie wirkte als Katalysator für die Wirtschaftskrise, die sich bereits vorher abzeichnete. Die Reaktionen der Bundesregierung auf die Pandemie zeigen deutlich, was für sie wirklich wichtig ist: als prokapitalistische Parteien die Profite schützen und den Unternehmen Geldgeschenke machen, während die Mehrheit der Bevölkerung weiter auf dem Arbeitsweg und auf der Arbeit ihre Gesundheit aufs Spiel setzen muss, um überhaupt über die Runden zu kommen. Unzureichende Versorgung mit Impfstoff, Korruption in der Impfreihenfolge und die endlose Beschränkung sozialer Kontakte abseits der Lohnarbeit sind nicht länger hinzunehmen. Und während wir auf die dritte Welle zusteuern, wird über Lockerungen des Lockdowns gesprochen – nicht im Interesse der Arbeiter\*innen, sondern ganz im Sinne der Profite.“

Begründung: Wo liegt der Unterschied zwischen einer Wirtschaftskrise und einer Wirtschaftskatastrophe? Wir sollten außerdem klarstellen, dass die Wirtschaftskrise durch Corona beschleunigt wurde, nicht aber auf die Pandemie geschoben werden darf. Das Versagen der Bundesregierung haben wir etwas ausgeführt, aber auch erklärt. Sie setzen sich eben für Kapitalinteressen ein, nicht für die Interessen der Arbeiter\*innen.

### Ä3

Zeile 29: „Arbeitszeiten gehören gekürzt“

Ergänzung: „Arbeitszeiten gehören gekürzt, *bei vollem Lohn- und Personalausgleich*“

### Ä4

Zeile 140f: „Der Wahlkampf ist nicht nur eine Zeit der Konkurrenz, sondern des Zusammenhaltes“

Ersetzung: „Einen sozialen und ökologischen Politikwechsel können wir nur von unten erkämpfen. Aus diesem Grund erteilen wir allen Spekulationen über eine Regierungsbeteiligung der Linken eine Absage. Wir verstehen uns als einzige antikapitalistische Partei, die ganz klar auf der Seite der abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen, auf der Seite der Vielen steht. Für deren Interessen setzen wir uns ein, sie wollen wir zusammenbringen, mit ihnen wollen wir solidarischen Zusammenhalt.“

Begründung: Zusammenhalt könnte hier so verstanden werden, als säßen wir alle im selben Boot. Uns muss es wichtig sein, die Konfliktlinie zwischen Arbeit und Kapital und ihren Interessenvertreter\*innen immer wieder deutlich zu machen. Innerhalb der Arbeiter\*innenklasse wollen wir solidarischen Zusammenhalt.

## Ä5

Zeile 203: „Wir stehen für Frieden, Solidarität und internationale Kooperation, denn die Krisen dieser Welt können nur so gelöst werden.“

Ersetzung: „Wir stehen für Frieden, Solidarität, internationale Kooperation und wollen dem Kapitalismus eine sozialistische Alternative entgegensetzen. Nur so können die Krisen der Welt gelöst und der Krieg als Mittel der Politik endgültig verbannt werden.“

Begründung: Solange der Kapitalismus nicht überwunden wird, können seine tödlichen Auswüchse nur etwas eingedämmt werden, wenn das Kapital keine Einwände hat. Da aber Krieg ein Geschäft ist, zur Durchsetzung imperialistischer Interessen notwendig ist und sich der Kampf um die immer knapper werdenden Ressourcen weiter verschärfen wird, müssen wir darauf hinweisen, dass wir diese Probleme nur lösen können, indem wir den Kapitalismus abschaffen.

## Ä6

Zeile 225: soziale Alternative“

Ersetzung: „sozialistische Alternative“

## Ä7

Zeile 278: „Der Schutz von Umwelt und Klima bildet die Grundlage für unser Wohlbefinden und unsere Gesundheit – denn saubere Luft, klares Wasser und eine gesunde Flora und Fauna sind existenziell für ein gutes Leben.“

Ersetzung: „Grundlage für unser Wohlbefinden und unsere Gesundheit ist die Produktion, die gegenwärtig privat organisiert wird und an den Maßgaben des Profits orientiert ist. Der Schutz von Umwelt und Klima kann und wird in diesem System niemals nachhaltig funktionieren. Deshalb müssen wir eine echte Gesellschaftsalternative aufzeigen, wenn wir für eine Zukunft kämpfen wollen! Zu dieser gehören saubere Luft, klares Wasser und eine gesunde Flora und Fauna.“

Begründung: Der Schutz von Umwelt und Klima ist *eine* Grundlage für Wohlbefinden und Gesundheit. Eine andere sind beispielsweise Arbeitsbedingungen, die durch die Formulierung nicht unsichtbar gemacht werden dürfen. Der Zusammenhang zur Produktionsweise muss aufgezeigt werden, damit deutlich wird, dass die Probleme nicht innerhalb dieses Systems gelöst werden können. Nur so kann die Umwelt wirklich geschützt werden.

## Ä8

Zeile 316f: „Vor allem große Immobilienkonzerne nutzen ihre Macht aus und machen fette Rendite mit unserer Miete.“

Ersetzung: „Die Immobilienkonzerne nutzen ihre Macht aus und machen fette Rendite mit unserer Miete. Wohnen ist ein Grundbedürfnis und gehört daher in öffentliche Hand – demokratisch kontrolliert und verwaltet nach den Bedürfnissen der Mieter\*innen!“

Begründung: Der Wahnsinn hat System. Es sind nicht nur Einzelne besonders unmoralische Kapitalist\*innen, sondern der Kapitalismus selbst, der das Problem ist. Profitstreben und Spekulation schließen sich mit der Befriedigung unserer Bedürfnisse kategorisch aus, ganz egal ob ein Immobilienhai 300, 3.000 oder 300.000 Immobilien besitzt!

## Ä9

Zeile 323ff: „Wir wollen große Immobilienkonzerne enteignen, den Mietendeckel einführen, den sozialen Wohnungsbau fördern und den Nahverkehr ausbauen.“

Ersetzung: „Wir wollen alle Immobilienkonzerne entschädigungslos enteignen, spekulativen Leerstand beschlagnahmen und sofort wohnungslosen Menschen zur Verfügung zu stellen, um so u.a. das Sterben auf der Straße zu beenden. Wir wollen den Mietendeckel einführen, den sozialen Wohnungsbau fördern und den Nahverkehr ausbauen.“

## Ä10

Zeile 331: „Kampagnen unterstützen für die Enteignung großer Immobilienkonzerne und die Stärkung des sozialen Wohnungsbaus durch kommunale und landeseigene Wohnungsbaugesellschaften.“

Ersetzung: „Kampagnen wie „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ unterstützen, die die Enteignung großer Immobilienkonzerne voranbringen und sozialen Wohnungsbau durch kommunale und landeseigene Wohnungsbaugesellschaften.“

Begründung: Deutsche Wohnen & Co enteignen ist seit Ende Februar in der zweiten Sammelphase und hat bereits wichtige Schritte erkämpfen können. Wir sollten Sie namentlich würdigen und sie damit zu einem leuchtenden Beispiel machen, wie eine Mieter\*innenbewegung erfolgreich sein kann!

## Ä11

Zeile 347: hinter „taktstarken und schienengestützten Nahverkehr.“

Ergänzung: „Es braucht den gleichberechtigten Zugang zu Mobilität für alle, CO2-Neutralität, maximale Sicherheit für Fahrgäste, Verkehrsteilnehmer\*innen und Beschäftigte sowie für sichere und gut bezahlte Arbeits- und Ausbildungsplätze.“

Begründung: Sicherheit ist wichtig, da die Bahn die Schienennetze über Jahrzehnte nicht ausreichend saniert hat und es deswegen schon vermeidbare tödliche Unfälle gab. Außerdem spielen für Die LINKE auch die Arbeitsbedingungen im Nahverkehr eine zentrale Rolle.

## Ä12

Zeile 373: hinter „Mindestsicherung statt Hartz IV.“

Ergänzung: „Wir werden nicht müde zu betonen: Armut ist fester Bestandteil des Kapitalismus, weil er uns keine Zukunft und keine Lebensperspektive bietet. Aber Armut und prekäre Beschäftigung sind auch politisch gewollt: als Schreckensszenario, um Löhne weiter drücken zu können und in wirtschaftlichen Hochzeiten für ausreichend billige Arbeitskräfte zu sorgen. Eine Welt ohne Armut ist unvereinbar mit den Profitinteressen. Wir wollen gemeinsam allen Menschen ein Leben ohne Not und Hunger erkämpfen – wir wollen ein menschenwürdiges System.“

Begründung: Armut ist kein Zufall oder Versehen – das müssen wir betonen und erklären.

## Ä13

Zeile 390f: „Die Kosten für diese durch eine schädliche Lebensumwelt verursachten Gesundheitsschäden werden sozialisiert.“

Ersetzung: „Die Kosten für diese Gesundheitsschäden werden sozialisiert.“

Begründung: Verständlichkeit

## Ä14

Zeile 392-395: „Im Kapitalismus ist der Mensch eine funktionale Erscheinung, dessen Gesundheit nur in Bezug auf Wiederherstellung der Arbeitskraft von Bedeutung ist oder als langjährige Konsument\*innen von nebenwirkungsbehafteten Pharmaprodukten – das will DIE LINKE mit einer bedürfnisorientierten Gesundheits- und Pflegepolitik ändern! In den Krankenhäusern herrscht Pflegenotstand,“

Ersetzung: „Gesundheit ist im Kapitalismus nur wichtig, um sicherzustellen, dass wir unsere Arbeitskraft wiederherstellen können. Wir müssen nur gesund genug sein, auch morgen wieder arbeiten zu können. Auf Dauer heißt dies jedoch für viele, auf Verschleiß fahren zu müssen. Sie sind weiterhin darauf angewiesen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen und das „Gesundheitssystem“ bietet nur langjährige Symptombehandlung inklusive Nebenwirkungen statt Behandlungen, die die Probleme an den Wurzeln packen. Die Gesundheitsbranche ist selbst Ort, an dem das Personal durch extreme Verdichtung der Arbeit, Verlängerung der Arbeitszeiten und dazu noch schlechte Bezahlung gezwungen wird, auf dem Zahnfleisch zu gehen. Solange, bis sie nicht mehr können. Ungesunde Arbeit produziert ungesunde Menschen! DIE LINKE will eine bedürfnisorientierte Gesundheits- und Pflegepolitik, die nicht der Profitlogik unterworfen ist! In den Krankenhäusern herrscht nicht erst seit der Corona-Pandemie Pflegenotstand,“

Begründung: Der Inhalt ist derselbe, allerdings ist es etwas verständlicher geschrieben. Jede\*r sollte unseren Leitantrag verstehen können. Zudem ist eingefügt, dass nicht nur diejenigen leiden, die sich behandeln lassen wollen, sondern auch die, die im „Gesundheitssystem“ arbeiten.

## Ä15

Zeile 413: hinter „öffentliche Hand.“

Ergänzung: „Die Fallkostenpauschalen gehören abgeschafft!“

## Ä16

Zeile 435ff: „Doch damit die damit verbundenen Chancen auch genutzt werden, braucht es dringen eine aktive gestaltende Wirtschaftspolitik, die die Interessen der Beschäftigten stützt und die Konzerne in die Pflicht nimmt.“

Ersetzung: „Doch damit eine zukunftsorientierte Produktion im Interesse der großen Mehrheit stattfinden kann, braucht es bissige Gewerkschaften und vor allem Räte, die über das Was, Wie, Wo und Wieviel der Produktion entscheiden. Die Kosten des notwendigen Umbaus der Produktion dürfen nicht vergesellschaftet werden, solange die Profite weiterhin in den Taschen einiger weniger landen sollen. Eine gute Wirtschaftspolitik erhalten wir, sobald wir die Macht der Banken und Konzerne brechen und sie in öffentliche Hand überführen – unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Arbeiter\*innen!“

Begründung: Die aktuellen Probleme und verpassten Chancen gehen sicherlich nicht auf eine zu passive Wirtschaftspolitik zurück. Dies ist nicht die entscheidende Kategorie. Entscheidend ist, wer die Wirtschaftspolitik gestaltet. Uns geht es nicht nur darum, Konzerne in die Pflicht zu nehmen, sondern vor allem darum, die Produktion nicht länger in den Händen der Kapitalist\*innen zu lassen. Die Arbeiter\*innen müssen entscheiden.

## Ä17

Zeile 444: „Arbeitszeitverkürzungen mit Lohnausgleich“

Ersetzung: „Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohn- und Personalausgleich“

## Ä18

Zeile 448: „Wir kämpfen für die Einrichtung von Transformationsfonds gemeinsam mit den Beschäftigten und der IGM, die die Automobilindustrie mitfinanziert.“

Ersetzung: „Wir stehen auf der Seite der Beschäftigten und setzen uns dafür ein, die Probleme wirklich anzupacken. Statt lediglich darauf zu hoffen, dass es unter den Kapitalist\*innen einige gibt, die

freiwillig Investitionen in die von der IGM geforderten Transformationsfonds stecken, wollen wir, dass nicht länger unvorstellbare Gewinne in den Taschen Einzelner landen und die Beschäftigten zeitgleich mit Arbeitsplatzabbau und Lohnverzicht bedroht werden. Nicht die Löhne sind zu hoch, sondern die Profite und Managergehälter. Wir können uns dieses Profitsystem nicht mehr leisten. Wir unterstützen die IGM in ihrer Zielsetzung „Überführung von Schlüsselindustrien und anderen marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum“ - demokratisch kontrolliert und orientiert am Gemeinwohl!

Begründung: Die Transformationsfonds hoffen auf eine Lösung im System. Wir wollen die weitergehenden Bestrebungen zur Überwindung des Kapitalismus unterstützen.

## Ä 19

Zeile 573: „Strukturelle Diskriminierung muss reflektiert statt kleingeredet werden.“

Ersetzung: „Strukturelle Diskriminierung muss reflektiert und beseitigt statt kleingeredet werden. Der Kampf gegen Spaltungen in der Arbeiter\*innenklasse ist dringend notwendig, um als geeinte Arbeiter\*innenklasse für eine wirklich gleichberechtigte Gesellschaft zu erkämpfen. Nur eine solche wird die sozialen Grundlagen von Diskriminierung, strukturellem Hass und Gewalt beseitigen können!“

Begründung: Es war sicher gemeint, die Diskriminierung nicht nur zu erkennen, sondern auch zu beseitigen. Außerdem wollen wir Sexismus auch bekämpfen, weil er unsere Einheit als Arbeiter\*innenklasse schwächt.

## Ä 20

### Änderungsantrag des Landesrates Linke Frauen

Zeile 247f: „unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, einer Behinderung, der ethnischen Herkunft oder des Glaubens.“

Ersetzen: „unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, einer Behinderung, der ethnischen Herkunft, des Glaubens oder des zugeschriebenen Geschlechts.“

## Ä 21

### Änderungsantrag zum Leitantrag

Antragsteller\*innen: Mareike Weihmann (KV Hildesheim), Maik Brückner (KV Hildesheim), Lewia Gerlinger (KV Hildesheim)

Antrag: Der Leitantrag möge ab Zeile 456 um folgendes ergänzt werden:

### Kunst und Kultur

Das kulturelle Leben steht so gut wie still. Die Corona-Pandemie hat viele Einrichtungen und Institutionen zum Schließen ihrer Türen gezwungen. Viele Menschen müssen in Kurzarbeit arbeiten, bangen um ihren Job oder haben ihn bereits verloren. Solo-Selbständigen und der freien Szene wird so gut wie nicht geholfen, sie schauen in eine ungewisse Zukunft.

Insbesondere in ländlich geprägten Räumen bedeuten Kulturveranstaltungen ein Zusammenkommen der Bevölkerung vor Ort, welches durch digitale Formate kaum zu ersetzen ist.

Kunst und Kultur lebt vom Austausch, von Kommunikation, vom Entdecken neuer Gedanken und anderen Lebensgeschichten/-realitäten, sie kann uns die Vielfältigkeit und Diversität unserer

Gesellschaft zeigen. Die unterschiedlichen Künste helfen uns zu kommunizieren und uns auszudrücken, uns gegenseitig zu verstehen und Allgegenwärtiges neu zu denken.

Deshalb bedeutet kulturelle Teilhabe auch gesellschaftliche Teilhabe. Es gilt, diese für Jede\*n zu ermöglichen, unabhängig zum Beispiel der (sozialen) Herkunft, des Alters oder des Geschlechts. Diejenigen, die diese Teilhabe in Projekten und Veranstaltungen ermöglichen, müssen unterstützt werden.

**Gemeinsam wollen wir:**

- Solidarität im Kampf gegen die Perspektiv- und Arbeitslosigkeit in der Branche zeigen
- kulturelle Vielfalt fördern, insbesondere auf politischen Veranstaltungen unserer Partei
- kulturelle Teilhabe durch kostengünstigen Zugang fordern/ fördern
- für den Erhalt kultureller Einrichtungen insbesondere der Soziokultur und freien Szene kämpfen/ diese unterstützen
- gemeinsam mit der Landesbildungskommission kulturelle Bildungsarbeit unterstützen und verbreiten

**Begründung:**

„Kultur ist in Krisenzeiten unabdingbar und systemrelevant, weil Menschen [ansonsten] verhaftet wären in ihren Lebensrealitäten und keine Möglichkeit hätten neue Wege zu denken.“ - Faraz Shariat (Regisseur)

In Zeiten, in denen das kulturelle Leben so gut wie nicht existiert und wir alle trotzdem dazu *gezwungen* werden, weiterhin Leistung und Produktivität zu zeigen, ist es umso wichtiger, einen Fokus auf die Kultur und die Künste zu setzen damit dieser wichtige Teil unserer Gesellschaft nicht an Wert verliert.

Gleichzeitig ist es von Bedeutung, Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen, was auch bedeutet, Zugänge zu allen Formen der Kunst und Kultur für alle Menschen zu schaffen.



## **Änderungsanträge zum Leitantrag**

Antragsteller: Joachim Bons (KV Göttingen/Osterode)

**A 22**

Zeile 363: Ergänzung

„Arbeit, Hartz IV, soziale Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und Mindestlohn“

**A 23**

Zeile 372f: Ergänzung

„Wir wollen eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.“

**A 24**

Zeile 373 hinter „Mindestsicherung statt Hartz IV.“ ergänzen

„Politisch entscheidend ist, dass wir nicht zulassen, dass die verschiedenen Gruppen der Lohnabhängigen gegeneinander ausgespielt werden. Beschäftigte gegen Arbeitslose, Junge gegen Alte, Gesunde gegen Menschen mit Behinderung, „Alteingesessene“ gegen Asylbewerber. So sind Menschen in der sozialen Grundsicherung (SGB XII) im Alter und bei gesundheitlichen Einschränkungen noch schlechter gestellt als bei Hartz IV, im Hinblick auf die Einkommensanrechnung, das Vermögen und vor allem die Unterhaltspflicht. Soziale Forderungen und Aktionen haben daher immer konsequent alle diese sozialen Gruppen einzubeziehen.“

## Ä 25 Antrag von Herbert Behrens, Kathrin Otte, Arnold Neugeboren

### Wir bauen Gegenmacht auf!

Die Menschen in Niedersachsen taumeln durch die Pandemie. Beschäftigte fürchten um ihre Jobs, die Chancen für befristet Beschäftigte, in ein festes Arbeitsverhältnis zu wechseln, sinken. Frauen, insbesondere berufstätige Frauen werden belastet durch zusätzliche Aufgaben bei der Betreuung ihrer Kinder. Schülerinnen und Schüler sowie Studierende fürchten um den Erfolg ihrer Bildung und um ihre berufliche Zukunft.

Wer die Krisenlasten schon heute trägt und nach der Krise tragen soll, wird immer deutlicher. Es werden diejenigen sein, die von ihrer Hände und Köpfe Arbeit leben müssen. Es sind die kleinen Gewerbetreibenden und Soloselbstständigen. Es sind die Rentnerinnen und Rentner, die sich auf Nullrunden einstellen sollen. Durch höhere Krankenversicherungsbeiträge und die Teuerungsrate werden sie schon jetzt weniger haben als zuvor. Viele von denen, die ihre Rente oder ihr Einkommen aus prekärer Beschäftigung durch einen Mini-Job aufge bessert hatten, haben nur wenig Chancen, ihr weggebrochenes Einkommen auszugleichen. Das Armutsrisiko in Niedersachsen ist bereits im Jahr 2019 gewachsen. Überproportional betroffen sind ältere Menschen und alleinerziehende Frauen. In der Krise wird sich dieses Risiko weiter vergrößern.

Die Krisengewinner sind ebenso deutlich zu erkennen. Es sind die großen Konzerne, die durch die (durchaus richtigen) großzügigen Regelungen bei der Kurzarbeit erhebliche Lohnzahlungen eingespart haben und die in der Lage sind, mit gut ausgestatteten juristischen Abteilungen die staatlichen Förderinstrumente optimal nutzen können.

Der Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit wird in der Krise deutlicher sichtbar und spürbar denn je. Es wird alles daran gesetzt, die Arbeitskraft in die Produktionsstätten zu holen, denn ohne den Einsatz lebendiger Arbeit wird kein Mehrwert produziert. Wer nicht zu diesem Kreis gehört, steht ohne staatliche Unterstützung vor dem Nichts.

Das große Kapital hockt auf Kapitalvorräten, die derzeit nicht gewinnbringend untergebracht werden können. Die Börsenkurse schießen durch die Decke. Neue Finanzprodukte werden erfunden, um sich für die Nach-Pandemiezeit zu rüsten. Es ist absehbar, dass die Politik im Interesse des Kapitals Sozialleistungen und Personalausgaben kürzen und im Zweifelsfall Steuern erhöhen wird, die die Masse der Bevölkerung treffen werden.

Viele Menschen erkennen diesen offenkundigen Widerspruch nicht. Statt Schlussfolgerungen daraus zu ziehen, richten viele Menschen ihre Wut gegen diejenigen, die komplizierte Zusammenhänge zu erklären versuchen. Manche ziehen sich resigniert ins Private zurück. Andere setzen auf vermeintlich einfache Antworten und hängen autoritären Krisen-Lösungen an. Die Bereitschaft der Lohnabhängigen, sich zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen zu engagieren, sinkt unaufhörlich.

Vor diesem Hintergrund bemühen sich zahllose Genossinnen und Genossen um Aufklärung und um die Formierung von Widerstand. Unsere Kommunalos setzen sich dafür ein, dass die Krise der öffentlichen Finanzen nicht auf dem Rücken der Menschen in den Kommunen ausgetragen wird.

In dieser Situation muss sich die niedersächsische Linke auf die wichtigen Kommunalwahlen und die Bundestagswahl vorbereiten. Allein durch die Pandemie haben sich die Bedingungen im Vergleich zu früheren Wahlen dramatisch verändert.

Wir haben Vorschläge zu liefern auf die Fragen „Wie kann ich mir weiter meine Wohnung leisten?“, „Welche Zukunft habe ich in dem Betrieb, in dem ich arbeite?“ Wir haben Vorschläge zu entwickeln, mit denen der örtliche Mittelstand überleben und zu interessanten, lebenswerten Städten beitragen kann. Und nicht zuletzt sind wir gefragt, wie wir die vielfältigen kulturellen Aktivitäten in unseren Städten und Gemeinden wieder ans Laufen bringen können.

Und all dies passiert in Anbetracht von Klimakrise, Hungerkatastrophen und zunehmenden Nationalismen mit der Gefahr von Kriegen.

Der Kapitalismus wird erkennbarer als Ursache und Produzent kaum noch lösbarer Megakrisen. Der neoliberal „verschlangte“ Staat als Lenkungsinstrument gesamtgesellschaftlicher Interessen hat gezeigt, dass er nur einigermassen funktionieren kann, wenn die Krisen beherrschbar sind. Davon kann in der Corona-Pandemie nicht mehr die Rede sein.

Die Corona-Pandemie macht das Scheitern einer Raubbau-Globalisierung an den natürlichen Ressourcen durch private Investoren deutlich. Arbeit, Boden und Geld lassen sich nicht wie beliebige Waren behandeln, ohne in ihrer Substanz und sozialen Funktion Schaden zu nehmen. Der Kapitalismus aber baut auf diese Fiktion.

Die Corona-Krise zeigt in aller Deutlichkeit, was die jahrzehntelange marktkonforme Finanz- und Regierungspolitik bringt: interessengeleitete, auf Profit getrimmte Sozial- und Gesundheitssysteme, weltweit entstaatlichte Daseinsvorsorge.

Vor dem Hintergrund dieser Zusammenballung von Problemen handlungsfähiger zu werden, stellt eine große Herausforderung für unsere Partei dar. Wie kann es uns gelingen, dass wir als Partei mit unseren begrenzten Ressourcen angemessen darauf reagieren?

Wenn wir als LINKE überzeugen wollen, müssen wir mehr Menschen erreichen. Gemeinsam mit ihnen die anstehenden Fragen diskutieren, Probleme benennen, die wir sehen, aufklären und unsere Lösungsansätze zur Diskussion stellen. Das ist Aufklärung in ihrer historischen Form.

Zu schaffen ist das nur, wenn es uns gelingt, unsere heutigen Möglichkeiten zu vervielfältigen. Dazu bedarf es einer breiter verankerten Partei. Unsere Genossinnen und Genossen müssen zusammen mit Bündnispartnerinnen und -partnern versuchen, den gefühlten Zustand von Ausweglosigkeit und Ohnmacht zu überwinden. Ist das geschafft, werden wir die nächsten Schritte hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit unternehmen können.

Nur so werden wir in der Lage sein, den dringend nötigen gesellschaftlichen Fortschritt beim Klimaschutz und einer menschen- und umweltgerechten Wirtschaftsweise zu erreichen. Das ist eine globale Angelegenheit, die aber vor Ort beginnen muss.

DIE LINKE kann mit diesem Ansatz eine bedeutende Rolle einnehmen. Wir können darstellen, dass sich an dieser Stelle der Interessengegensatz manifestiert. Oder um es mit Hans-Jürgen Urban zu sagen: „Ein solcher Pfadwechsel ist ohne eine umfassende Demokratisierung der gesellschaftlichen, vor allem der ökonomischen Verhältnisse nicht zu haben. Die ökologische Transformation und die Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft müssen Hand in Hand gehen, oder beide werden scheitern.“ (Urban, in: Transformation weltweit, Hg. DGB Bildungswerk BUND e.V., Düsseldorf 2020)

Wir müssen uns dafür ein Stück neu erfinden. Wir müssen orientierende und organisierende Kraft sein. Wie zum Beispiel bei unserer Beteiligung am Widerstand gegen die Pflegekammer, der ein Gesetz wegfeigen konnte!

Unsere Aufgabe ist es, die Menschen dafür zu gewinnen: Es kommt auf **SIE** an, wenn diese Ziele erreicht werden sollen.

Der Wunsch nach Beteiligung ist groß. Gehen wir auf diese Wünsche ein, haben wir die Chance, in Niedersachsen schneller und nachhaltiger voranzukommen. Beispielsweise bei den Landtagswahlen in 2022.

Wir haben eine Vision von unserer Politik, die den Sozialismus durchscheinen lässt: Ein Leben in einer solidarischen Gesellschaft, in der die Sorge umeinander als hohes Gut anerkannt wird. Daraus gewinnen wir die Kraft für die Aneignung gesellschaftlichen Eigentums und die Schaffung von Verteilungsgerechtigkeit.

Wir wirken damit nicht nur in die Gesellschaft hinein. Gleichzeitig motivieren wir uns auch selbst, uns aktiv einzubringen. Wir werden uns qualifizieren, um in Diskussionen zu bestehen. Wir werden aktiv auf Bündnispartnerinnen und -partner zugehen und gemeinsam Strukturen aufbauen. Wir alle werden die LINKE in Niedersachsen zu einer attraktiven politischen Kraft in einer vielgestaltigen Gesellschaft machen.

**Wenn Du ein Schiff bauen willst, so trommle nicht Menschen zusammen, um Holz zu beschaffen, Werkzeuge vorzubereiten, Aufgaben zu vergeben und die Arbeit einzuteilen, sondern lehre die Menschen die Sehnsucht nach dem weiten endlosen Meer.**

Antoine de Saint-Exupéry

# Änderungsanträge Kommunalwahlrahmenprogramm

## Ä 1

### Änderungsantrag KV Aurich

Zeile 721 Sperrung von geeigneten Innenstadtbereichen für den motorisierten Individualverkehr, Zeile 722 parallel zum Ausbau des ÖPNV, ersetzen durch

*Intelligente Verkehrssteuerung und Park und Ride Systeme, Förderung von Carsharing, Parkgebühren als Lenkungsinstrument um so viel Autoverkehr wie möglich aus den Innstädten abzuführen.*

„Sperrung der Innenstädte für den Individualverkehr“ ist sperrig, zu pauschal formuliert und in dieser Radikalität nicht durchzusetzen. Statt dessen Förderung von Park an Ride, intelligente Verkehrssteuerung, auch maßvolle Erhöhung von Parkgebühren, um gewisse Lenkungseffekte zu erzielen. Denn gerade im Ländlichen Raum wird der PKW in den nächsten Jahren noch unverzichtbar sein. Das muss bei Verkehrskonzepten berücksichtigt werden.

## Ä 2

### Änderungsantrag KV Aurich

Zeilen 727 – 730 ersetzen durch:

*Die sofortige Einführung eines ÖPNV Sozialtickets in den Kommunen die bisher kein Sozialticket im Angebot haben.*

In vielen Kommunen bzw. Verkehrsverbänden gibt es schon Sozialtickets. Die weitergehende Forderung wäre die Einführung eines Sozialtickets dort wo es noch keines gibt. Die Preisgestaltung muss sich immer an dem individuellen, räumlichen Geltungsbereich der Kommune bzw. des Verbundes orientieren, daher ist ein einheitlicher Pauschalbetrag nicht sinnvoll und auch nicht durchsetzbar.

## Ä 3

### Änderungsantrag KV Aurich

Zeilen 731-732 streichen. Den Rechtsanspruch gibt es schon im SGB XII(Schwerbehindertenausweis)

## Rechenschaftsbericht der Landesschiedskommission Niedersachsen für 2020-2021

Im Berichtszeitraum bestand die Kommission aus Carmen Giesemann, Vera Klinke, Malte Schinkel, David Müller, Sebastian Stoffregen und Hans Schulze-Eickenbusch. Bearbeitet wurden 14 Fälle. Erledigt wurden 6 Verfahren, offen ist ein Verfahren aus 2019, 1 Verfahren aus 2020 und 4 Verfahren aus 2021, die gerade erst eingegangen sind.

Die neuen Verfahren betreffen überwiegend die aktuellen Wahlen der Delegierten zu verschiedenen Gremien, ein erheblicher Teil ist Resultat der Konflikte in der Region Hannover. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in Cuxhaven. Der alte Konfliktherd Wesermarsch scheint weitgehend zur Ruhe gekommen zu sein.

Derzeit laufen 2 Ausschlussverfahren, ein dritter Antrag ist angekündigt und wird demnächst eingehen.

Die Kommission hat im letzten Jahr nicht in Präsenz getagt. Beschlüsse sind vom Vorsitzenden vorbereitet worden und dann in Videositzungen oder durch elektronische Abstimmung gefällt worden. Die Arbeit hat durch die Pandemie gelitten. Ohne Aussprache in Präsenz leidet die Kommunikation und die Feinabstimmung. Es stellt sich eine Entfremdung ein, das darf kein Dauerzustand bleiben, ist aber im Moment nicht zu ändern.

Ein Mitglied hat das Bundesland gewechselt und die Arbeit eingestellt, ein anderes Mitglied hat sich im gesamten Berichtszeitraum nicht an der Arbeit beteiligt. Faktisch bestand die Kommission aus den 4 Mitgliedern Giesemann, Müller, Stoffregen und Schulze-Eickenbusch als Vorsitzendem.

Viele Auseinandersetzungen haben eine gemeinsame Struktur. Es handelt sich nicht um politische, sondern um persönliche Konflikte weniger Personen, die unversöhnlich und ohne Rücksicht auf die politischen Konsequenzen ausgefochten werden. In solchen Konflikten wird mit Strafanträgen und Anzeigen gearbeitet, offenbar ohne jegliches Nachdenken über die Konsequenzen. Generell gilt, dass wir als Linke gute Gründe haben, gegenüber der Justiz und der Polizei eine kritische Distanz zu halten. Es ist schon sehr

befremdlich, wenn Genoss\*innen meinen, dass die Polizei und die Staatsanwaltschaft die geeigneten Instanzen seien, um parteiinterne Konflikte zu lösen. Da werden gewechselte interne Mails, Sitzungsprotokolle, Beschlüsse etc. an die Staatsanwaltschaft übergeben. Da wird der Polizei zu Protokoll gegeben, wer wann mit wem zusammengesessen hat, und was da beschlossen wurde. Das ist nicht nur schlimm, sondern zudem auch noch in der Regel völlig sinnlos, weil hier fast ausschließlich Bagatelldelikte wie Beleidigung, üble Nachrede und Ähnliches vorgeworfen werden, die die Staatsanwaltschaft ohnehin nicht verfolgt. Einziger Effekt: die Öffentlichkeit freut sich über die dummen Linken.

Ähnliches gilt, wenn der Kampf um persönliche Macht, Amt und Einfluss zu faktischen Spaltungen in der Partei führen. Die Arbeit der Partei wird gelähmt, ihr Einfluss auf die Politik geht zurück und die Öffentlichkeit berichtet nicht mehr über unsere Erfolge, sondern genüsslich über die Selbstzerfleischung.

Wie sollen wir der Öffentlichkeit erklären, dass Mitglieder, die wir zur Wahl aufgestellt und empfohlen haben, deren Wahlkampf wir unterstützt haben, plötzlich von ihren innerparteilichen Konkurrenten als angeblich ausländerfeindlich, nazifreundlich, antisemitisch frauenfeindlich oder homophob denunziert werden?

Die Streitkultur in der Partei ist in einem schlimmen Zustand. Leider sind die Möglichkeiten der LSchK durch die Schiedsordnung der Partei sehr eingeschränkt. Unterhalb eines Parteiausschlusses haben wir faktisch keine Möglichkeit, Genoss\*innen zu disziplinieren, die durch ihr Verhalten die Arbeit der Partei schädigen.

Wir empfehlen daher erneut die Einrichtung einer ständigen Schlichtungskommission auf Landesebene, die nach § 6 der Schiedsordnung ohnehin vom Landesverband vorgehalten werden muss (§6Abs.3 SchiedsO). Es handelt sich dabei nicht um ein Gremium, das vom Parteitag gewählt wird. Die Schlichtungskommission wird vom Landesvorstand „gebildet“ (§6 Abs.1SchiedsO). Sie ist eher in der Lage, durch gezielte Gespräche auf die Streitparteien einzuwirken. An der Entwicklung dieser Kommission werden wir gerne mitwirken.

Die LSchK braucht dringend Mitglieder, die bereit sind, sich auch mit juristischen Sachverhalten und Verfahrensfragen auseinander zu setzen.

19.2.2021

**Offensive gegen Mietpreissteigerung – LINKE. Forderungen in den Landtag tragen!**  
**Initiativantrag**

**Antragssteller\*innen: Heidi Reichinnek, Hans-Henning Adler, Victor Perli, Ursula Weisser-Roelle, Felix Mönkemeyer, Salim Hemeed, Hilke Hochheiden, Christian Gust, Hans Herbert Ullrich (alle AG Wohnen)**

Unterstützer\*innen (da Dringlichkeitsantrag): Heidi Reichinnek (KV Osnabrück), Hans-Henning Adler (KV Oldenburg/Ammerland), Victor Perli (KV Wolfenbüttel), Ursula Weisser Roelle (KV Braunschweig), Felix Mönkemeyer, (Linksjugend), Amira Mohamed Ali (KV Oldenburg/Ammerland), Giesela Brandes-Steggewentz (KV Osnabrück), Anke Kuhn (KV Osnabrück), Stephan Marquardt (KV Hameln), Lorena Vath (KV Hameln), Samira Mohamed Ali (KV Oldenburg/Ammerland), Holger Onken (KV Oldenburg/Ammerland), Benjamin Koch-Böhnke (KV Stade), Steffen Schumann (KV Oldenburg/Ammerland), Mona Temel (KV Oldenburg/Ammerland), Christel Homann (KV Oldenburg/Ammerland), Julien Niemann (KV Oldenburg/Ammerland), Siegfried Meyer (KV Hameln), Nina Schaper (KV Hameln), Nishtiman Adris Hassu (KV Oldenburg/Ammerland), René Schönwälder (KV Oldenburg/Ammerland), Ann-Christin Huber (Linksjugend), Laura Schlutter (Linksjugend), Lea Sankowske (Linksjugend), Dunja Hädrich (Linksjugend), Sarah Sophie Stöhr (Linksjugend), Andreas Mantzke (KV Gifhorn), Michel Pauly (KV Lüneburg); Christoph Podstawa (KV Lüneburg), Janine Burkhardt (Lüneburg), Maxi Schulz (Linksjugend), Felix Schattmann (Linksjugend), Fabian Walla (Linksjugend), Hilke Hochheiden (KV Oldenburg-Land), Anne Zimmermann (KV Wolfsburg), Lars Leopold (KV Hildesheim), Hetharini Kirshnaraja (KV Wolfburg), Pia Zimmermann (KV Wolfsburg)

**Beschluss:**

Im Rahmen der Mieten- und Wohnenkampagne startet Die LINKE. Niedersachsen eine Petition an den Landtag.

Sie fordert dabei (geplanter Petitionstext):

Der Niedersächsische Landtag wird aufgefordert, Mietpreissteigerungen wirksam bekämpfen und hierzu geeignete Maßnahmen zu ergreifen, insbesondere:

- a) eine Landeswohnungsbaugesellschaft zu gründen und damit einen Beitrag dazu zu leisten, den sozialen Wohnungsbau zu reaktivieren,
- b) nach dem Vorbild des Landes Berlin einen gesetzlichen Mietendeckel einzuführen, mit dem weitere Mietsteigerungen wirksam verboten und Mietobergrenzen verbindlich festgelegt werden,
- c) die Bodenspekulation zu bekämpfen, in dem durch Landesgesetz eine Grundsteuer C eingeführt wird, durch die der spekulativen Leerstand von Gebäuden und die spekulative Zurückhalten von Bebauung auf baureifen Grundstücken steuerlich bestraft wird.

Die Petition startet am 27.4.2021 mit einer Pressekonferenz. Im Vorfeld sowie während der Dauer wird die Petition über die sozialen Medien sowie mit Flyern und Sticker beworben. Zentral ist zudem die innerparteiliche Mobilisierung, zu der die Petition beitragen soll. Es werden mindestens zwei digitale oder Präsenzveranstaltungen (z.B. mit dem DGB, Vertreter\*innen aus Mieter\*innenbündnissen, Mieterbund) zum Thema durchgeführt. Ziel ist es, 5.000 Unterschriften



binnen 6 Wochen zu erreichen und so das Thema in den Petitionsausschuss zu tragen.

Die Kosten betragen maximal 1.000€ und umfassen Werbematerial, Bewerbung über die sozialen Medien sowie die Durchführung der Pressekonferenz.

Begründung:

Wohnungspolitik ist und bleibt ein zentrales Thema der Arbeit der LINKEN Niedersachsen. Im Rahmen der Kampagne der Landespartei wurden bisher klare Forderungen an die Landesebene formuliert und durch Pressekonferenzen sowie Aktionen vor Ort (z.B. mit dem Miethai oder über Vorträge) in die Öffentlichkeit getragen. Auch in den Räten haben zahlreiche Mandatsträger\*innen kommunale Möglichkeiten aufgezeigt, mit denen explodierende Mieten bekämpft werden können. Durch die Petition können wir als außerparlamentarische Opposition gemeinsam mit Bündnispartner\*innen unsere Positionen in den Landtag tragen. Wir haben die Möglichkeit in diesem Wahlkampfjahr deutliche Akzente zu setzen und unsere Genoss\*innen im gesamten Bundesland zu aktivieren und einzubeziehen. Gerade mit den Beschränkungen, die Corona uns auferlegt, ist eine Online-Petition eine gute Chance risikofrei aktiv zu werden. Zudem sind die Kosten im Vergleich zu den Möglichkeiten der Petition sehr gering.

Der grobe Fahrplan sieht wie folgt aus:

13./14.3. - Beschluss auf dem LPT

März/April - Information an die Kreisverbände sowie an Bündnispartner\*innen, erste Bewerbung über die sozialen Medien

27.4. - Pressekonferenz zum Start der Petition

April/Mai - intensive Bewerbung sowie Informationsveranstaltungen digital oder in Präsenz

Mitte Juni - Ende der Petition, Pressekonferenz sowie Vorbereitung der Vorstellung im Petitionsausschuss

## 14

### Antrag des Kreisverbandes Stade

Der Landesparteitag der Partei DIE LINKE lehnt den Bau eines LNG-Terminals in Stade-Bützfleth oder anderswo in Niedersachsen entschieden ab.

**Begründung:** Die Abkürzung LNG steht für Flüssigerdgas (engl.: Liquefied Natural Gas). Erdgas wird auf unter -160 Grad heruntergekühlt und damit verflüssigt. Die gesamte ökologische Bilanz durch Förderung, Verflüssigung, Transport, Rückwandlung in Gas ist katastrophal. LNG ist letztendlich wie Kohle oder Öl ein fossiler Brennstoff, aus denen aus klimatischen Gründen ausgestiegen werden muss. In Stade-Bützfleth kommt bei Betrieb eines LNG-Terminals noch eine „Gefährdungsballung“ in Bezug auf das nachbarschaftliche Chemiewerk von Dow Chemical und durch manövrierende Gastanker auf der Elbe hinzu. Ein Störfall hätte katastrophale Auswirkungen weit über den Standort hinaus. Die derzeit kursierenden Mengen von LNG sind marginal und stammen zu großen Teilen aus der Frackingförderung von Erdgas in den USA. Argumentativ eingebrachte „nahe“ Quellen, wie z.B. aus den Niederlanden, haben gegenüber Pipelines eine immens schlechtere Umweltbilanz. LNG bietet allenfalls in ein paar Nischentechnologien eine gewisse Kurzzeitperspektive, daher sind riesige Langzeitinvestitionen (geplantes LNG-Terminal Stade z.Z. 800 Millionen Euro) nicht gerechtfertigt.

## 15

### Antrag des Kreisverbandes Stade

Der Landesparteitag der Partei DIE LINKE lehnt den Bau der A20 (Küstenautobahn) in Niedersachsen und den Weiterbau der A26 von Stade zur A20 ab. Die betroffenen Landkreise der A20/A26 erhalten 10 % der eingesparten Kosten im Rahmen eines sozialökologischen Umbaus aus Bundesmitteln für regionale Verkehrsprojekte.

**Begründung:** Der geplante Bau der A20 (Küstenautobahn) ist nicht nur klimaschädigend und umweltzerstörend, sondern wird auch ein volkswirtschaftliches Desaster. Geplant mit einem völlig überhöht gerechneten Aufkommen für den motorisierten Individualverkehr (was allen Planungen zu Verkehrswende und Klimaschutz widerspricht) und bewusst niedrig gerechneten Kosten (Erfahrungen aus der bisherigen Planung und Finanzierung von Autobahnprojekten) wird das Neubauprojekt derzeit mit mindestens 7 Milliarden Euro doppelt so teuer, wie im Bundesverkehrswegeplan 2030 veranschlagt. Die Kosten des geplanten Elbtunnels im Rahmen der A20 erhöhen sich nach heutigen Berechnungen allein von einer auf zwei Milliarden Euro. Gleichzeitig wird der Ausbau der Eisenbahnstrecke Stade-Cuxhaven als zweispurig elektrifizierte Strecke lediglich angedacht ohne genaue Terminierung und eine Reaktivierung der vorhandenen Bahnstrecke Stade-Bremervörde-Bremen scheitert an öffentlichen Geldern. Die Elbquerung der Bahn in Hamburg ist die einzige Querung für den ÖV auf ca. 200km Elbe. Dahersollte zusätzlich eine Stichbahn mit Anschluss an das Bahnnetz in SH in die Planung genommen werden. Freiwerdende Gelder aus dem überbeuerten (Nicht-) Autobahnbau sollten anteilig für die Anliegerkreise und -Kommunen aufgeteilt werden, zweckgebunden für eine Verdichtung des ÖPNV im Umfeld der Bahntrasse. Dies allein wäre in der Zusammenschau ein zukunftsfähiges, klimaschonendes und kostengünstiges Modell der Verkehrsraumentwicklung vor Ort

26

Dringlichkeitsantrag an den 8. LPT

Unterzeichner\*innen: Eva Brunnemann (KV Northeim), Janine Burkhard (KV Lüneburg), Pia Chwalczyk (KV Hildesheim), Kreszentia Flauger (KV Oldenburg Land), Lewia Gerlinger (KV Hildesheim), Hilke Hochheiden (KV Oldenburg Land), Merret Hoffmann (KV Hannover), Isa Metzger (KV Lüneburg), Jutta Meyer-Siebert (KV Hannover), Julia Niekamp (KV Göttingen/Osterode), Katja Radvan (KV Oldenburg Land), Hannah Schuch (KV Lüneburg), Katja Sonntag (KV Göttingen/Osterode), Jana Thomas (KV Harburg-Land), Janet Trippe (KV Salzgitter), Lyonel Ude (KV Hildesheim), Daphne Weber (KV Hildesheim), Mareike Weihmann (KV Hildesheim), Vivienne Widawski (KV Lüneburg), Anne Zimmermann (KV Wolfsburg)

### **Macht Feminismus endlich zur Priorität!**

Am Donnerstag, den 11.03.2021 soll das Frauenplenum des Landesparteitags stattfinden. Leider wurde dies erst zwei Tage vor dem Stattfinden des Termins bekannt gegeben – die Planung schien sehr kurzfristig geschehen zu sein. So froh wir auch sind, dass überhaupt ein Frauenplenum stattfindet, zeigt sich am Verlauf der Dinge eine Problemlage. Immer noch scheint Feminismus im Landesvorstand keine Priorität zu haben. Bereits 2018 wandte sich der Landesrat Linke Frauen mit einem Aufruf an den Landesvorstand, das Frauenplenum in Zukunft sorgfältig vorzubereiten, da es damals chaotisch lief. Es wurde noch einmal festgestellt:

**Die Planung und Durchführung des Frauenplenums ist Aufgabe des Landesvorstands. Dies wurde zur Kenntnis genommen und die Planung sollte in Zukunft besser laufen.**

Es ist nur fair, den Genoss\*innen eine langfristige Planung zu ermöglichen, d.h. die Einladung nicht erst zwei Tage vorher zu verschicken. Zudem ist aus der mangelhaften Planung eine terminliche Doppelung mit der Pflegekonferenz entstanden. An vielen Punkten ist es schwer, in der Partei keine Termin-Doppelungen zu haben, hier wäre es vermeidbar gewesen. Gerade die Pflegekonferenz ist ein feministisches Themenfeld, weshalb die Doppelung nicht unwesentlich ist.

**Die LINKE Niedersachsen will in eine feministische Zukunft blicken und hält fest:**

Der neue Landesvorstand wird verpflichtet, Feminismus endlich als Priorität zu betrachten. Die Zuständigkeit im Landesvorstand für das Frauenplenum wird unmittelbar geklärt und die Planung erfolgt sorgfältig und langfristig. Die Planung und Durchführung des Frauenplenums ist und bleibt Aufgabe des Landesvorstandes.

1 Antragssteller\*innen und Unterstützer\*innen: Mizgin Ciftci (Osterholz), Lewia Gerlinger (Hildes-  
 2 heim), Thorben Peters (Lüneburg), Vivienne Widawski (Lüneburg), Isa Metzger (ÖPF), Maik Brück-  
 3 ner (Hildesheim), Daphne Weber (Hildesheim), Hilke Hochheiden (Oldenburg-Land), Aram Ali  
 4 (Hannover), Janine Burkhardt (Lüneburg), Merret Victoria Hoffmann (Hannover, LLF), Janet Trippe  
 5 (LAG Antifa), Nico Köster (LAG Antifa), Tina Flauger (Wildeshausen), Hannah Schuch (Lüneburg),  
 6 Pia Chwalczyk (Hildesheim), Mareike Weihmann (Hildesheim), Lyonel Ude (Hildesheim), Simon  
 7 Schüler (Hildesheim)

8 **DIE LINKE. Niedersachsen möge auf ihrem 8. Parteitag am 13./14. März 2021 in Hannover**  
 9 **folgende Resolution verabschieden:**

## 10 **Aufklärung und Gerechtigkeit jetzt –** 11 **Qosay darf nicht umsonst gestorben sein!**

12 Im Dezember 2019 wurde trotz breiter ge-  
 13 sellschaftlicher Proteste ein neues **Polizei-**  
 14 **gesetz in Niedersachsen** beschlossen. Das  
 15 „Niedersächsische Polizei- und Ordnungsbe-  
 16 hördengesetz“ regelt Aufgaben und Befug-  
 17 nisse der Polizei und Maßnahmen zur Ge-  
 18 fahrenabwehr. Mit den beschlossenen Ge-  
 19 setzesänderungen gehen deutliche Ver-  
 20 schärfungen einher, die Bürger\*innenrechte  
 21 einschränken, die Befugnisse von Polizei-  
 22 und Ordnungskräften erweitern und dabei  
 23 die gerichtlichen Kontrollinstanzen zurück-  
 24 stellen. Diese Autoritätserweiterung soll laut  
 25 Kai Wegner (CDU) ein „Zeichen der Wert-  
 26 schätzung“ sein.

27 Aber wofür diese Wertschätzung? Jährlich  
 28 wird die Anzahl von **Polizeigewalt** auf  
 29 12.000 Fälle geschätzt. Trotz jahrzehntelan-  
 30 ger Kritik an unrechtmäßiger Gewaltanwen-  
 31 dung im Amt und konkreten Forderungen  
 32 aus der Zivilgesellschaft gibt es noch immer  
 33 eine starke Diskrepanz zwischen Problemen  
 34 und Lösungsversuchen innerhalb von Poli-  
 35 zeistrukturen. So wird das Delikt der Körper-  
 36 verletzung im Amt in weniger als 2% der  
 37 Fälle vor Gericht behandelt. Bei Körperver-  
 38 letzung, die Bürger\*innen vorgeworfen wird,  
 39 liegt dieser Prozentsatz hingegen bei 20%.  
 40 Das liegt laut einer Studie der Uni Bochum  
 41 an mehreren Dingen: Betroffene rechnen  
 42 aufgrund der Deutungshoheit und größerer  
 43 Glaubwürdigkeit der Polizei vor Gericht und  
 44 in den Medien, fehlender Beweismittel und

45 der Angst vor Gegenanzeigen selten mit ei-  
 46 nem erfolgreichen Prozessergebnis.

47 Zu den erwähnten Problemen in der Polizei  
 48 gehört auch **rechtes Gedankengut in den**  
 49 **eigenen Reihen**. Verbindungen zu Netzwer-  
 50 ken wie der Gruppe „Nordkreuz“ oder Zu-  
 51 sammenhänge zu den NSU-Morden aus Po-  
 52 lizeikreisen sorgen regelmäßig für einen öf-  
 53 fentlichen Aufschrei in den Medien. Nach je-  
 54 dem Aufschrei wird es wieder ruhig. Doch  
 55 die Vorfälle gehen weiter!

56 Todeslisten mit Namen aus Datenbanken der  
 57 Polizei; Frankfurter Beamt\*innen, die Droh-  
 58 briefe an die NSU-Opfer-Anwältin schrieben  
 59 und unbefugt Daten weitergaben; immer wie-  
 60 der Chats und Mails mit rechtsextremen Äu-  
 61 ßerungen von Polizist\*innen und Beamt\*in-  
 62 nen, die im Dienst offen rechtsextreme Sym-  
 63 bole tragen. Die Dunkelziffer solcher Fälle  
 64 wird weitaus höher sein.

65 Natürlich hängen nicht alle Polizist\*innen in  
 66 Deutschland rechtsextremen Positionen und  
 67 Ideologien an. Und trotzdem zeichnet der All-  
 68 tag migrantischer Menschen in Deutschland  
 69 ein ganz deutliches Bild. **Racial Profiling** bei  
 70 verdachtsunabhängigen Kontrollen ist Aus-  
 71 druck eines institutionellen Rassismus, der  
 72 auch in anderen Bereichen unseres Lebens  
 73 vorkommt; bei der Polizei jedoch besonders  
 74 fatale Konsequenzen mit sich bringen kann.  
 75 Dabei ist Racial Profiling nach Artikel 3 Ab-  
 76 satz 3 des Grundgesetzes verboten.

77 Trotzdem werden überwiegend schwarze  
78 Menschen und Migrant\*innen Ziel der ver-  
79 dachtsunabhängigen Schleierfahndung, die  
80 als Abschreckungsinstrument gegen illegale  
81 Einreisende Ende des letzten Jahrhunderts  
82 in die Gesetzesbücher Einzug fand. Die  
83 Existenz von Racial Profiling wird geleugnet  
84 und es gibt noch immer keine offiziellen Da-  
85 tensammlungen oder Studien, obwohl die  
86 „Europäische Kommission gegen Rassismus  
87 und Intoleranz“, Amnesty International und  
88 viele weitere nationale und internationale  
89 Stellen deutschen Behörden schon mehrfach  
90 geraten haben, Maßnahmen gegen Racial  
91 Profiling zu etablieren.

92 Die Initiative „Death in Custody“ sammelt alle  
93 Fälle, die seit 1993 dokumentiert wurden, in  
94 denen **von Rassismus betroffene Men-**  
95 **schen in Gewahrsam gestorben** sind. Bis  
96 heute sind es 180 allein in Deutschland.

#### 97 **Warum musste Qosay sterben?**

98 Einer von ihnen ist **Qosay Saddam Khalaf**.  
99 Er wurde nur 19 Jahre alt. Am Abend des 5.  
100 März 2021 raucht er in einem Park einen  
101 Joint, als er gewaltsam von der Delmenhors-  
102 ter Polizei festgenommen und mit Pfeffer-  
103 spray betäubt wird.

104 Qosay lebte mit seiner Familie in einem Ar-  
105 mutsviertel in Delmenhorst. Vor wenigen  
106 Jahren erst mussten sie als jesidische Kur-  
107 den aus ihrer Heimat vor dem IS-Terror  
108 flüchten.

109 Der Familie von Qosay stellen sich jetzt viele  
110 Fragen: Warum musste ihr lebensfroher  
111 Sohn in Polizeigewahrsam sterben? Warum  
112 griffen die Beamt\*innen zu solch brutalen  
113 Mitteln? Warum hat der wegen des Pfeffer-  
114 sprays gerufene Rettungswagen ihren Sohn  
115 nicht untersucht? Und was ist mit Qosay in  
116 der Zelle passiert? Ist Qosay ein weiteres  
117 Opfer rassistischer Polizeigewalt in Deutsch-  
118 land? Musste er tatsächlich sterben, weil er  
119 „fremd“ aussieht und in einem Armutsquar-  
120 tier ein Kavaliersdelikt beging?!

121 Es darf nicht sein, dass Migrant\*innen in  
122 Deutschland um ihr Leben fürchten müssen,

123 wenn sie in Kontakt mit Polizeibeamten tre-  
124 ten!

#### 125 **DIE LINKE. Niedersachsen fordert daher:**

126 • eine Kennzeichnungspflicht für  
127 Polizeibeamt\*innen;

128 • die Etablierung einer unabhängigen  
129 Kontrollinstanz mit  
130 Ermittlungsbefugnissen und  
131 Beschwerdestellen;

132 • eine verfassungsrechtliche Prüfung der  
133 neuen Polizeigesetze sowie entspre-  
134 chende Anpassungen;

135 • das Anlegen offizieller Statistiken über  
136 Gewalt, Amtsmissbrauch und Diskrimi-  
137 nierung aus den Reihen der Polizei, um  
138 den Handlungsdruck auf die Behörden  
139 zu erhöhen;

140 • einen parlamentarischen Untersuchungs-  
141 ausschuss im Niedersächsischen Land-  
142 tag, um Qosays Tod lückenlos aufzuklä-  
143 ren.

144 Für uns steht fest:

145 **DIE LINKE steht solidarisch an der Seite**  
146 **der Opfer von Rassismus und Polizeige-**  
147 **walt.**

148 **Wir kämpfen für die Demokratisierung al-**  
149 **ler staatlichen Institutionen.**

150 **Wir brauchen Aufklärung Gerechtigkeit**  
151 **jetzt – Qosay darf nicht umsonst gestor-**  
152 **ben sein!**

## 1.1 Haushalt 2021 - Beschluss LA

	IST 2019		Vorl. IST		Plan 2021		
	Plan 2019	31.12.2019	Plan 2020	31.12.2020			
1 Mitgliedsbeiträge	358.000 €	354.949 €	99,1%	375.000 €	368.530 €	98,3%	393.000 €
2 EL-Mitgliedsbeiträge	13.000 €	12.900 €	99,2%	13.000 €	13.687 €	105,3%	13.500 €
3 Summe Mitgliedsbeiträge	371.000 €	367.849 €	99,2%	388.000 €	382.217 €	98,5%	406.500 €
4 Mandatsträgerabgaben	30.000 €	29.275 €	97,6%	30.000 €	29.000 €	96,7%	30.000 €
5 Spenden von natürlichen Personen	3.000 €	4.579 €	152,6%	10.000 €	1.238 €	12,4%	1.000 €
6 Spenden nicht zuordenbar	400 €	271 €	67,6%	400 €	57 €	14,2%	100 €
7 Spenden von juristischen Personen	0 €	0 €		0 €	0 €		
8 Summe Spenden/Mandatsabgaben	33.400 €	34.124 €	102,2%	40.400 €	30.294 €	75,0%	31.100 €
9 Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0 €	0 €		0 €	0 €		0 €
10 Einnahmen aus sonstigem Vermögen	0 €	8 €		0 €	3 €		0 €
11 Einn. aus Veranstaltungen, Vertrieb und sonstl. mit Einn. verb. Tätigk	500 €	1.846 €	369,3%	2.000 €	0 €	0,0%	1.000 €
12 Summe Einnahmen aus Zinsen, Veranstaltungen	500 €	1.854 €	370,8%	2.000 €	3 €	0,1%	1.000 €
13 Staatliche Mittel	88.559 €	88.559 €	100,0%	88.559 €	88.559 €	100,0%	88.559 €
14 Sonstige Einnahmen / Erstattungen	0 €	0 €		0 €	373 €		
Zwischensumme	493.459 €	492.386 €	99,8%	518.959 €	501.446 €	96,6%	527.159 €
15 Zuschüsse von Kreisverbänden aus Beitragsanteilen	5.400 €	4.150 €	76,9%	5.000 €	5.355 €	107,1%	3.500 €
16 Zuschüsse von Gliederungen	19.300 €	27.997 €	145,1%	29.500 €	31.058 €	105,3%	29.050 €
17 Zuschüsse von Gliederungen (vom PV)	91.800 €	88.865 €	96,8%	76.800 €	76.800 €	100,0%	76.800 €
18 Summe Zuschüsse	116.500 €	121.011 €	103,9%	111.300 €	113.213 €	101,7%	109.350 €
19 Entnahme aus Rücklagen	6.185 €	6.185 €	100,0%	10.485 €	0 €	0,0%	73.500 €
20 Gesamtsumme Einnahmen	616.144 €	619.582 €	100,6%	640.744 €	614.659 €	95,9%	710.009 €
<b>AUSGABEN</b>							
1 Personalausgaben	202.900 €	212.489 €	104,7%	240.600 €	243.008 €	101,0%	243.735 €
2 Aufwendungen Geschäftsbetrieb	9.000 €	9.354 €	103,9%	9.000 €	12.465 €	138,5%	9.130 €
3 Aufwendungen Telekommunikation	2.000 €	1.792 €	89,6%	2.000 €	1.967 €	98,4%	2.000 €
4 Innere Verwaltung	22.500 €	18.455 €	82,0%	19.000 €	18.347 €	96,6%	20.000 €
5 Anschaffung inventarisierungspfl. Wirtschaftsgüter bis 5.000 €	3.000 €	2.027 €	67,6%	3.500 €	617 €	17,6%	3.000 €
6 Abschreibung, Wertanpassung	0 €	0 €		0 €	0 €		
7 Reparaturen, Instandhaltung und -setzung	500 €	0 €	0,0%	1.000 €	1.403 €	140,3%	2.000 €
8 Versicherungen, Steuern, Abgaben	130 €	122 €	93,6%	130 €	122 €	93,6%	130 €
9 Summe Sachausgaben laufender Geschäftsbetrieb	37.130 €	31.750 €	85,5%	34.630 €	34.921 €	100,8%	36.260 €
10 Parteitage, Delegiertenkonferenzen	7.000 €	17.291 €	247,0%	11.000 €	6.421 €	58,4%	24.000 €
11 Sitzungen, Tagungen von Parteigremien	15.000 €	17.790 €	118,6%	15.000 €	10.456 €	69,7%	18.000 €
12 Lehrgänge/Workshops, durch Partei organisiert	8.000 €	6.501 €	81,3%	10.000 €	467 €	4,7%	5.000 €
13 Konferenzen und Kongresse, durch Partei organisiert	0 €	0 €		0 €	0 €		0 €
14 Fachliteratur, Herstellung und Versand von Infomaterialien der Partei	4.000 €	2.665 €	66,6%	10.000 €	6.415 €	64,2%	12.000 €
15 Aufwendungen für internationale Parteibeziehungen	0 €	0 €		0 €	0 €		0 €
16 Öffentlichkeitsarbeit - außerhalb WK	12.000 €	10.535 €	87,8%	12.000 €	8.381 €	69,8%	7.500 €
17 Veranstaltungen - außerhalb WK	4.000 €	3.288 €	82,2%	6.000 €	995 €	16,6%	4.000 €
18 Internetkosten	1.500 €	1.918 €	127,9%	1.500 €	1.646 €	109,7%	1.500 €
19 Beiträge nationale Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden	230 €	225 €	97,8%	230 €	200 €	87,0%	230 €
20 Unterstützungen	8.000 €	8.000 €	100,0%	8.000 €	8.000 €	100,0%	8.000 €
21 Summe Sachausgaben allg. politische Arbeit	59.730 €	68.212 €	114,2%	73.730 €	42.981 €	58,3%	80.230 €
22 Wahlparteitage/VertreterInnenversammlungen	5.000 €	3.377 €		0 €	0 €		9.000 €
23 Wahlkampfveranstaltungen	0 €	4.994 €		0 €	0 €		0 €
24 weitere Wahlkampfausgaben	10.000 €	2.162 €		0 €	0 €		41.000 €
25 Aufwendungen des Geschäftsbetriebs	0 €	232 €		0 €	0 €		0 €
26 WK Spitzenkandidaturen	0 €	0 €		0 €	0 €		0 €
27 Summe Sachausgaben Wahlkampf	15.000 €	10.765 €		0 €	0 €		50.000 €
28 Vermögensverwaltung	0 €	0 €		0 €	0 €		0 €
29 sonstige Zinsen	0 €	0 €		0 €	0 €		0 €
30 sonstige Ausgaben	0 €	53 €		0 €	0 €		0 €
31 Summe Sachausgaben	111.860 €	110.780 €	99,0%	108.360 €	77.902 €	71,9%	166.490 €
32 Zuschüsse an Kreisverbände aus Beitragsanteilen	143.200 €	142.106 €	99,2%	131.250 €	123.158 €	93,8%	137.550 €
33 sonstige Zuschüsse an Gliederungen	55.500 €	57.943 €	104,4%	57.750 €	53.858 €	93,3%	58.950 €
34 Zuschüsse an Gliederungen (an PV)	102.684 €	102.690 €	100,0%	102.784 €	100.559 €	97,8%	103.284 €
35 Summe Zuschüsse	301.384 €	302.739 €	100,4%	291.784 €	277.575 €	95,1%	299.784 €
36 Zuführung an Rücklagen	0 €			0 €	43.500 €		0 €
36 Gesamtausgaben	616.144 €	626.008 €	101,6%	640.744 €	641.985 €	100,2%	710.009 €
37 Einnahmen - Ausgaben	0,00 €	-6.425 €		0,00 €	-27.327 €		0 €

## Erläuterung zum HH2021

### Einnahmen

---

- Zeile 1 In 2020 haben wir die geplanten Beitragseinnahmen knapp erreicht.  
**Für 2021 empfiehlt der LFR**  
**eine Werbung zur Beitragserhöhung. Bei Ø 0,5 €/Monat + Mitglied entspricht dies 18T€ /Jahr**
- Zeile 2 Die EL-Beiträge werden komplett an den PV weitergeleitet.
- Zeile 4 fünf MdBs je 500 Euro monatlich; im 4.Quartal 2021 abhängig von unserem BT-Wahlergebnis
- Zeile 5 Spendenkampagne um die Mieten- und die Pflegekampagne zu finanzieren – 2020 entfallen
- Zeile 11 Teilnehmendenbeiträge für Schulungen der Landesbildungskommission
- Zeile 13 wie 2019: wird alles in den zentralen Wahlkampffonds der Bundespartei weitergeleitet.
- Zeile 16 Landesfonds in Höhe von 15 % von 7.000 € zzgl. 28.000 € Erstattung Personalkosten Kven
- Zeile 17 vier Raten je 19.200 Euro aus dem Länderfinanzausgleich

### Ausgaben

---

- Zeile 1 LV inkl. Tarifierpassung (Geschäftsführung mit 36 Wochenstunden; bisher 35 Wochenstunden  
includiv ca. 28.000 Euro Personalkosten bei Kven
- Zeile 2 Kontoführung inkl. Stornogebühren, Büromaterial, Leasing Kopierer – steigende Bankkosten
- Zeile 3 Telefonkosten, Rundfunkgebühren
- Zeile 4 Miete Büro zzgl. NK und Strom, Miete Garage, Miete Stellplatz
- Zeile 5 EDV, Software, Büromöbel, weitere Anschaffungen
- Zeile 7 Sanierungsbedarf Landesbüro vertagt auf 2021
- Zeile 10 ein zweitägiger LPT in Pandemiefolge mit mehr als verdoppelten Kosten von 24.000 €
- Zeile 11 Raummieten, Getränke, Reisekosten für LaVo, gf-LaVo, LLF; LA, LFR, LAGen, LSK
- Zeile 12 Landesbildungskommission (Geminderter Ansatz in Pandemiefolge)
- Zeile 14 Abo HAZ online, Abo Disput (zusammen 400 Euro); Zeitung Landesverband
- Zeile 16 Druckkosten Flyer, Plakate, Banner etc. (gemindert infolge Pandemie)  
Kopien und Kopierpapier, Zeitungsanzeigen, Ehrungen, Porto- und Versandkosten
- Zeile 17 Kosten für Kampagnen und andere Veranstaltungen (gemindert infolge Pandemie)
- Zeile 18 Heinlein und minuskel
- Zeile 19 Beiträge Nds. Landesfrauenrat, Nds. Flüchtlingsrat, Deutsches Jugendherbergswerk
- Zeile 20 Zuwendung an solid
- Zeile 24 Budget Kommunalwahl Landesvorstand 30T € , Zuschuss Bundestagswahl 20T € ; Vorschlag LaVo
- Zeile 32 35 % von 393.000 Euro (s. Einnahmen Zeile 1)
- Zeile 33 15 % von 393.000 € zzgl. 15 % von 7.000 € (Mitgliedsbeiträge die in den Kvs kassiert sind)
- Zeile 34 88.559 Euro staatliche Mittel, 12000 Euro EL-Beiträge,
- Zeile 36 **Nach Lage im III.Quartal 2020 geplante Rücklage für HH2021**

# Vorliegende Kandidaturen

Stand: 11. März 2021

## **Landesvorsitzende**

Heidi Reichinnek  
Lars Leopold

## **Stellvertretende Landesvorsitzende**

Ursula Weisser-Roelle  
Thorben Peters

## **Landesschatzmeister\*in**

Anne Zimmermann

## **Stellvertretende Landesschatzmeister\*in**

Hans- Georg Hartwig

## **Landesgeschäftsführer\*in**

Christoph Podstawa

## **JugendpolitischeR SprecheR**

Anne-Mieke Bremer  
Felix Mönkemeyer

## **Landesvorstand – Liste zur Sicherung der Mindestquotierung**

Parwaneh Bokah

Eva Brunnemann

Lewia Gerlinger

Hilke Hochheiden

Franziska Junker

Kathrin Otte

Susanne Steffgen

Behiye Uca



## **Landesvorstand - Gemische Liste**

Hans- Henning Adler

Friedrich-Bernd Albers

Aram Ali

Maik Brückner

Mizgin Ciftci

Tom Dobrowolski

Helmuth Hoffmann

Stefan Klingbeil

Stephan Marquardt

Arnold Neugebohrn

Julien Niemann

### **Inklusionsbeauftragte**

Kristina Schulz

Susanne Steffgen

### **Landesfinanzrevisionskommission**

Klaus Ripl

### **Landesschiedskommission**

Hans Schulze-Eickenbusch

Klaus Nielsen

Sebastian Stoffregen

Torben Franz hat seine Kandidatur zurück gezogen.

**Sozialistisch  
Feministisch  
Migrantisch**



**Parwaneh Bokah**

Liebe Genoss\*innen,

mit 26 Jahren musste ich aus meiner Heimat, dem Iran, fliehen weil ich als Sozialistin dort verfolgt wurde. In Deutschland lebe ich inzwischen seit 36 Jahren, ich arbeite als Sozialwissenschaftlerin, bin in feministischen und migrantischen Gruppen sowie in der Partei DIE LINKE aktiv. Zuletzt war ich Direktkandidaten für Bundestags- und Landtagswahl in hannöverschen Wahlkreisen und konnte stets respektable Ergebnisse für unsere Partei erzielen. Aktuell sitze ich außerdem für DIE LINKE im internationalen Ausschuss der Landeshauptstadt Hannover.

Innerparteilich setze mich für eine Stärkung der gewerkschaftlichen Orientierung der Linken, sowie für selbstbestimmte Behindertenpolitik und für Bildungsarbeit ein. Im Landesvorstand will ich mich dafür einsetzen, dass wir unser sozialistisches Profil für soziale Gerechtigkeit und Frieden stärker herausarbeiten und so mit einem guten Ergebnis in den nächsten niedersächsischen Landtag einziehen. Unser wichtiger Kampf für die Rechte von Minderheiten ist immer dann besonders erfolgreich, wenn es uns gelingt, ihn mit einem attraktiven politischen Angebot für die Mehrheitsgesellschaft zu verbinden!

Bisher war ich auf Landesebene im Landesausschusspräsidium aktiv. Dort habe ich DIE LINKE Niedersachsen gut kennengelernt und ich habe gelernt, wie interne Konflikte produktiv gemeistert werden können. Darauf wird es in den nächsten Monaten für uns sehr ankommen und ich möchte dieser Erfahrungen gerne einbringen!

**Sozialistische Grüße  
Parwaneh Bokah**

**Parteiämter:**

- Mitglied der PDS 1996, seit 2011 Partei Die LINKE
- Mitglied des Kreisvorstandes seit 6 Jahren
- Migrations- und Asylpolitische Sprecherin Region Hannover
- Bildungspolitik Sprecherin
- Mitglied in VW Komitee
- Sprecherin in Christopher Street Day Team
- Initiatorin von Die Linke Hilft (mit 10 Fachärzt\*innen, 5 Rechtsanwält\*innen,
- Schuldnerberatung, diversen Vereinen und Initiativen)

**Mitgliedschaften innerhalb der Partei:**

- Mitglied des Sprecher\*innenrates der LAG Betrieb & Gewerkschaft
- Mitglieder der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
- Mitglied der Landespolitischen Kommission
- Mitglied im Landesausschuss-Präsidium



*Miethaie zu Fischstäbchen in Wildeshausen*

Geboren 1993 in Delmenhorst  
Wohnhaft in Hude (Landkreis Oldenburg)  
Wirtschaftsinformatikerin

Seit 2018 Sprecherin KV OL-Land,  
2015 – 2017 Sprecherin KV Mannheim, davor  
2012 – 2015 Beisitzerin im Kreisvorstand,  
2014 – 2016 Mitglied LSp\*R Linksjugend  
Baden-Württemberg

In der LINKEN auf Landesebene derzeit  
Mitarbeit in  
LAG Wirtschaftspolitik, LAG Wohnen,  
AG Parteientwicklung

## Kandidatur für den Landesvorstand Hilke Hochheiden

Liebe Genoss\*innen,

In die LINKE gekommen bin ich 2011, weil ich mich nicht länger allein im stillen Kämmerlein über den Klimawandel, Kriege und die Schere zwischen Arm und Reich aufregen wollte. Und, da ich gerade fürs Studium aus dem beschaulichen Hude nach Mannheim gezogen und auf der Suche nach sozialen Kontakten war; auch das gehört zu unserer Partei.

Einmal da hat mich überzeugt, dass die LINKE als einzige das verbindende Problem, den Kapitalismus an sich, in Frage stellt. Und, dass auf jede anstrengende Diskussion, in der es oftmals viel mehr um persönliche Befindlichkeiten als um inhaltliche Differenzen geht, um so mehr engagierte Genoss\*innen kommen, die der leidenschaftliche Kampf für eine bessere Welt eint.

2017 bin ich zurückgekehrt nach Niedersachsen, um meine Familie bei der Pflege meiner Mutter zu unterstützen. Dazu kam dann noch die Unterstützung eines weiteren Angehörigen mit einer psychischen Erkrankung. Dabei erlebte ich hautnah, wie wenig konkrete Unterstützung diejenigen bekommen die sie doch so dringend brauchen und wie sehr die Betroffenen allein gelassen werden.

Was ich in den Landesvorstand mitbringe: Neben dem Blickwinkel als pflegende Angehörige ist es vor allem die Verbindung von Stadt und Land. Ich habe sowohl in einer Großstadt als auch im ländlichen Raum Parteiarbeit betrieben. Diese Erfahrung über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Problemlagen und Voraussetzungen will ich einbringen. Das betrifft Fragen der Organisation unserer Partei, aber auch gesellschaftliche Herausforderungen wie die Bekämpfung der Immobilienspekulation am Wohnungsmarkt oder öffentlicher Nahverkehr, der in der Stadt und auf dem Dorf flexible und bezahlbare Mobilität jenseits des motorisierten Individualverkehrs als Voraussetzung für soziale Teilhabe und Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel ermöglicht.

In den nächsten zwei Jahren steht einiges an. Die kommunale Verankerung als Standbein der Partei will weiter ausgebaut werden, als progressive Stimme und Ansprechpartner\*in für Initiativen und Vereine in den Räten, auch damit nächstes Jahr der Einzug in den Landtag gelingt. Erschwerend kommt hinzu, dass sich Corona nicht einfach weg wünschen lässt, und wir gut beraten sind, das in unseren Planungen zu berücksichtigen.

Gleichzeitig müssen wir die Wahlkämpfe als Zeit erhöhter politischer Aufmerksamkeit nutzen, um neue Mitglieder und aktive Sympathisant\*innen zu gewinnen und einzubinden.

All das möchte ich in den nächsten zwei Jahren im Landesvorstand mit euch gestalten. Mein Kreisverband hat mir dafür einstimmig seine Unterstützung ausgesprochen. Ich hoffe auch auf die eure.

---

## Bewerbung für den Landesvorstand

**Kathrin Otte**

*„Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, dass die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze wirtschaftliche und politische Leben selbst lebt und in bewusster freier Selbstbestimmung lenkt.“ Rosa Luxemburg 1918*



*Politische Bewegungserfahrung seit Beginn der 1980er Jahre. 2017 Unabhängige Landtagskandidatin im Wahlkreis Uelzen. Oktober 2017 Parteieintritt. Seit 2018 Mitglied des Kreisvorstands Lüneburg, 2019-2021 Mitglied des Landesvorstands, ver.di-Mitglied, Gründungsmitglied der Redaktion von mit:links, Landesbildungskommission und Entsendete in die Kommission für Politische Bildung, Mitbegründerin des „Pflegebündnis Lüneburg“ 2019, von dort Delegierte ins „Pflegebündnis Niedersachsen“*

---

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit bewerbe ich mich für eine zweite Periode der Mitarbeit im Landesvorstand. Mit der Coronakrise ist den Menschen ihre Abhängigkeit von einer echten staatlichen Daseinsvorsorge unmissverständlich deutlich geworden, woran die Hegemonie des marktgläubigen neoliberalen Modells zerbrochen ist. Statt eines Staats am Gängelband des Kapitals wünschen sie sich die Absicherung der sozialen Menschenrechte auf Gesundheit, Wohnung, Arbeit, Bildung, Rente und eine positive Aussicht auf die Zukunft. Deutlich zu machen, dass all dies innerhalb eines kapitalistischen Systems nicht zur Zufriedenheit aller funktionieren kann ist eine wichtige Aufgabe der DIE LINKE.

Im letzten Landesvorstand habe ich die Rolle des Organizing als Handwerkszeug zum Erreichen der Menschen betont. Jetzt möchte ich gern in verschiedenen Initiativen des Landesvorstands und Landesverbands zum Aufbau dauerhafter Strukturen gemeinsam mit den Betroffenen im Mietenkampf, im Rekommunalisierungskampf von Pflege/Gesundheit, im Kampf gegen Massenentlassungen, die 4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich und für sozial-ökologische Übergangsszenarien bis hin zum Erreichen nicht-fossiler regionaler Energieselbstversorgung und Mobilität beitragen. Die bedeutet zugleich, zusammen mit den unzähligen Verlierer\*innen der neoliberalen Enteignung Gegenmacht - auch gegen die Macht der Konzerne - aufzubauen. Im Sinne solidarischer Klassenpolitik diese Menschen in ihrem Selbstbewusstsein zu stärken, ihre Selbstorganisation aktiv zu begleiten kann nur mit einer empathisch und politisch klar agierenden LINKEN gelingen. Lasst uns bald mit diesen Menschen und der Vielzahl an Initiativen in Niedersachsen in eine fruchtbare Diskussion um die Ausrichtung des Landtagswahlprogramms gehen! Dieser Verankerungsprozess kann uns auf dem Weg in die Wahlkämpfe im Herbst produktiv begleiten.

In Niedersachsen suchen Hunderttausende nach einer lebberen Zukunft, ohne Angst vor sozialem Abstieg. Ob es die Massenentlassungen fürchtenden Automobilarbeiter\*innen sind, die Kleinunternehmer\*innen, die Opfer des staatlichen Corona-Missmanagements geworden sind, die Pflegekräfte, die um ihre Gesundheit fürchtend aus ihrem Beruf flüchten, die Kinder, die ihren Bildungsrückstand als Nachteil ihrer Klassenherkunft erleben – für sie alle können wir Orientierung sein, wie wir uns gemeinsam in eine solidarische sozialistische Wirtschaftsdemokratie hinein entwickeln können. Lasst uns DIE LINKE sein, die Hoffnung auf Befreiung aus den kapitalistischen Zerstörungen und Zwängen macht! Dazu möchte ich nach Kräften und mit Leidenschaft beitragen.



Bewerbung für den Landesvorstand:

### **Hans-Henning Adler**

Meine bisherige Tätigkeit im Landesvorstand würde ich gern fortsetzen. Ich hatte mich zuletzt besonders in der Mietenkampagne engagiert und bin als Vorsitzender der Wahlkampf- und Kulturkommission in die Vorbereitung der anstehenden Wahlkämpfe eingebunden.

Was mir besonders wichtig ist: Wir sollten in unserer Ansprache an Wählerinnen und Wähler bedenken, dass durchaus eine kritische Grundhaltung zum kapitalistischen Wirtschaftssystem in breiten Teilen der Bevölkerung vorhanden ist. So ist für 52 Prozent der Deutschen der Kapitalismus negativ behaftet und jede und jeder Dritte gab in einer Infratest-Umfrage an, dass sie oder er sich wirkliche Demokratie nur ohne Kapitalismus vorstellen könne.

An diese Grundstimmung sollten wir anknüpfen und mit den Problemen verbinden, mit denen sich die Menschen gegenwärtig beschäftigen, z.B. mit der Corona-Pandemie. Wir kritisieren in diesem Zusammenhang das kapitalistische Patentrecht, dessen „Recht auf geistiges Eigentum“ viele vom Wissen um geeignete

Impfstoffe ausschließt und damit bei der medizinischen Grundversorgung der Bevölkerung verheerende Schäden anrichtet. Wir sagen, dass die Corona-Pandemie die schon lange bestehenden sozialen Ungerechtigkeiten weiter verschärft. Das wird ganz praktisch, wenn wir die Frage thematisieren, wer die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen der Krise bezahlen muss. Wir wissen wie ungerecht Einkommen und Vermögen verteilt ist. Bei diesen Fragen müssen wir unser Profil noch deutlicher schärfen.

Meine bisherigen Funktionen: Ich war mal Landesvorsitzender der PDS Niedersachsen, bin seit 1996 Mitglied des Stadtrates von Oldenburg und dort gegenwärtig Fraktionsvorsitzender der LINKEN und Vorsitzender der Gruppe DIE LINKE/Piratenpartei, von 2008 – 2013 war ich für die LINKE im Landtag, dort zuletzt Fraktionsvorsitzender. Mitglied des Landesvorstandes.

Beruf: Rechtsanwalt, 2020 auch Buchautor („Kapitalmacht wirksam bändigen“)

Solidarische Grüße

Hans-Henning Adler

# ARAM ALI

Kandidatur zum Landesvorstand

## DIE LINKE. NIEDERSACHSEN KANN MEHR!

Liebe Genoss\*innen,

auf dem 8. Landesparteitag kandidiere ich zum Landesvorstand der niedersächsischen LINKEN und bitte euch um euer Vertrauen!

Im Landesvorstand möchte ich mich stark machen für eine Politik, die die Interessen der Beschäftigten in den Mittelpunkt stellt und die Verankerung der Partei in den Betrieben und Gewerkschaften vorantreibt. Ich will eine Landespartei, die sich als Teil von sozialen Bewegungen begreift und deren Forderungen in die Parlamente trägt. Ich will eine Partei, die sich als aktive antifaschistische Kraft definiert.

### 1. GEWERKSCHAFTLICHE ORIENTIERUNG UND VERANKERUNG

Niedersachsen ist von der Auto- und Zuliefererindustrie geprägt. Viele Unternehmen stehen vor wirtschaftlichen Herausforderungen durch eine anstehende ökologische Transformation und Digitalisierung. Schon vor der Corona-Krise drohten viele Unternehmen mit dem Abbau von Arbeitsplätzen und Standortverlagerungen. Umso mehr brauchen wir eine sozialistische Partei, die in den Gewerkschaften und im Parlament kompromisslos an der Seite der Beschäftigten steht. Ich bin überzeugt, dass eine Voraussetzung für unseren Erfolg in den kommenden drei Wahlen unsere Verankerung in den Betrieben und Gewerkschaften ist. Daher ist die innerparteiliche Vernetzung der vielen gewerkschaftlich aktiven Parteimitglieder und die Bündnisarbeit mit den Gewerkschaften außerhalb der Landespartei für mich von besonderer Bedeutung. Mit der LAG Betrieb und Gewerkschaft werde ich die Erarbeitung von landespolitischen Forderungen zu den zentralen nds. Unternehmen in unserem Bundesland entwickeln und Vernetzung unserer gewerkschaftlich Aktiven vorantreiben.

### 2. HARTZ IV BEKÄMPFEN IM PARLAMENT UND VOR ORT

Der Hauptgrund für meinen Eintritt in die Partei ist die kompromisslose Haltung gegen Hartz IV. Durch Hartz IV wurden Millionen von Menschen entrechtet und in die Armut gedrängt und aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Insbesondere Kinder von Hartz IV-Bezieher\*innen haben kaum eine Chance auf einen sozialen Aufstieg. Wir müssen als Partei wieder zeigen, dass wir für die Erwerbslosen einen Mehrwert haben. Das heißt: nicht nur, in den Parlamenten gegen Hartz IV zu wettern, sondern auch vor Ort in den Kreisverbänden Beratungs- und Vernetzungsangebote schaffen, um Betroffene zu unterstützen und politisch zu aktivieren.



Im Landesvorstand möchte ich mit den Aktiven aus den Kreisverbänden als auch mit den Strukturen von DIE LINKE.hilft landesweit Beratungsstrukturen aufbauen und weiterentwickeln.

### 3. AKTIV FÜR EINE HUMANE GEFLÜCHTETEN- POLITIK UND GEGEN RASSISMUS

Antifaschismus und der Kampf um eine menschenwürdige Aufnahme von Geflüchteten sind keine Trendthemen, sondern Kern unserer Identität als sozialistische und internationalistische Partei.

Wir müssen dafür sorgen, dass das Massensterben an den Toren Europas ein Ende nimmt, die EU ihrer Verpflichtung zur sicheren Aufnahme von Geflüchteten nachkommt und aufhört Seenotrettungsorganisationen zu kriminalisieren. Deshalb müssen wir uns auf Landesebene dafür einsetzen, dass sich Niedersachsen als Bundesland zum „Sicheren Hafen“ erklärt. Die ausgelaufenen Landesaufnahmeprogramme für syrische, irakische, jездische und kurdische Geflüchtete (wie es sie in Berlin und Thüringen weiterhin gibt), müssen in Niedersachsen wiederaufgenommen werden. Im Landesvorstand werde ich dabei die Vernetzung mit dem Flüchtlingsrat Niedersachsen und den Initiativen vor Ort stärken. Wir müssen uns als klare antifaschistische Kraft positionieren, die sich für alle benachteiligten und unterdrückten Menschen einsetzt – unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, sexueller Orientierung oder Pass.

Mit sozialistischen Grüßen!

Name: Aram Ali

Alter: 31 Jahre

Ehrenamt: Sprecher der BO Linden-Limmer (KV Hannover),  
Mitglied der Delegiertenversammlung der IG Metall Hannover,  
Mitglied im Richterwahlausschuss für die Sozialgerichte

Mitgliedschaften: IG Metall, Flüchtlingsrat Niedersachsen,  
Pro Asyl, Sea Watch

Beruf: Rechtssekretär beim DGB Rechtsschutz

Kontakt: aramali1989@hotmail.com

# Mizgin Ciftci

## Kandidatur für den Landesvorstand

Liebe Genoss\*innen,  
auf unserem 8. Parteitag kandidiere ich für den Landesvorstand der niedersächsischen LINKEN.

## Solidarität statt Abstiegsängste in der Krise

Dringender denn je braucht es eine starke LINKE. Denn die Corona-Krise zeigt die verheerenden Folgen der herrschenden Politik: Im Zuge neoliberaler Privatisierungs-Orgien im Gesundheitswesen fehlt es jetzt überall an Intensivbetten und Pflegekräften für unsere Kranken. Weil im Kapitalismus selbst Gesundheit zur Ware wird, konkurrieren Staaten derzeit um knappe Impfstoffe – aber die Mehrheit der Bevölkerung muss mit massiven Grundrechtseingriffen leben und sich weiter um ihre Gesundheit sorgen. Während Millionen Beschäftigte von Kurzarbeit betroffen sind oder gar ihren Job verlieren, schütten Konzern-Chefs weiter Milliarden-Dividenden an ihre Aktionäre aus. Mieten werden für viele Arbeitnehmer\*innen immer mehr zu Lohnfress-Maschinen, weil sich Vonovia und Co. die Taschen vollstopfen – und der soziale Wohnungsbau liegt in den meisten Kommunen weiter brach.

Ob Verkäuferin, Pflegekraft oder Leiharbeiter – es sind die vielen Beschäftigten, die mit ihrer eigenen Hände Arbeit die Milliardenvermögen der wenigen Corona-Profiteure schaffen. Wir dürfen nicht zulassen, dass jetzt die kleinen Leute den Preis für die Krise zahlen. Statt Sozialabbau und einer Umverteilung von unten nach oben müssen die Profiteure der Krise zur Kasse gebeten werden. Das bedeutet Solidarität in der Corona-Krise!

Im neuen Landesvorstand möchte ich am Aufbau einer starken LINKEN mitwirken, die gemeinsam mit den Menschen in realen Konflikten sozialen Fortschritt erkämpft. Für eine LINKE, die in Bewegungen und Gewerkschaften verankert ist, die Menschen verschiedener Herkunft zusammenbringt und am Ziel einer klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung festhält. Ich bin überzeugt:

**Eine andere Welt ist möglich!**

Euer Mizgin



## Personliches

- 29 Jahre
- Das älteste Kind einer siebenköpfigen kurdischen Arbeiterfamilie
- ver.di-Gewerkschaftssekretär

## Politisches

- Gewerkschafter, Internationalist, Antifaschist und Kriegsgegner
- Seit 10 Jahren Mitglied der LINKEN
- Fraktionsvorsitzender und Abgeordneter des Osterholzer Kreistages, Stadtrat von Osterholz-Scharmbeck seit 2016
- Mitglied des Landesvorstandes von 2015–2019
- Personalrat von 2018–2020
- Seit 2020 hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär
- Aktiv in der Kurdistan-Solidaritätsarbeit

## Mitgliedschaften

- ver.di
- „Mach meinen Kumpel nicht an!“ – für Gleichbehandlung, gegen Rassismus e.V.

## Kontakt

- [mizgin.ciftci@die-linke-ohz.de](mailto:mizgin.ciftci@die-linke-ohz.de)
- Facebook: [www.facebook.com/mizgin.ciftci.56/](https://www.facebook.com/mizgin.ciftci.56/)
- Instagram: [mizgin\\_ciftci](https://www.instagram.com/mizgin_ciftci)
- Mobil: 015110570963



# Bewerbung als Mitglied im Landesvorstand



**Liebe Genoss\*Innen,**

Die Linke als einzige Friedenspartei, die an der Seite der Arbeiter\*innen für soziale Gerechtigkeit kämpft muss bei den anstehenden wichtigen Wahlen möglichst stark abschneiden um die Stimme der Vernunft in den Parlamenten zu sein. Wir müssen im Bundestag genauso präsent sein, wie in jedem Kreis- oder Stadtrat. Dafür bedarf es aber einen engagierten Wahlkampf, der uns alles abverlangen wird. Gerade in Niedersachsen, wo wir es bekanntlich sehr schwer haben, müssen wir um jede Stimme kämpfen. Ich möchte im Landesvorstand mitarbeiten Die Linke in Niedersachsen weiterzuentwickeln und erfolgreicher zu machen.

**Für mehr Solidarität in unseren Reihen:**

Diskussionen sind ein Grundpfeiler der Demokratie. Wir müssen Diskutieren, aber respektvoll. Wir können andere nur überzeugen uns zu Wählen, wenn wir Genoss\*innen in unseren eigenen Reihen auch überzeugen.

**Für eine Stärkung der Ländlichen Kreisverbände:**

In der Fläche gewinnt man in Niedersachsen Wahlen. Dafür brauchen wir starke Kreisverbände. Unsere kleinen Verbände brauchen mehr Mitglieder und sollten ihre Kapazitäten bündeln.

**Für eine bessere öffentliche Wahrnehmung:**

In der Öffentlichkeit müssen wir mit unserer Politik in Verbindung gebracht werden und nicht mit internen Streitigkeiten oder mit Personaldebatten. Wir müssen als ein starkes Team auftreten und dementsprechen auch wahrgenommen werden.

Dabei möchte ich im Landesvorstand mitarbeiten und bitte euch deshalb um euer Vertrauen.

**Für eine demokratische, sozialistische, antikapitalistische, feministische und Antifaschistische Linke.**

„Mir imponieren nur Ratschläge und Grundsätze, die der Ratgebene selbst beherzigt“

Arno Lukenburg



## Bewerbung für die Landesschiedskommission

Liebe Genoss\*innen,

die Landesschiedskommission ist ein wichtiges Gremium in unserer Partei. Sie ist nicht einfach nur für Wahlanfechtungen und Satzungsverstöße zuständig, viel mehr ist es vor allem ihre Aufgabe, einen solidarischen Umgang in der Partei sicher zu stellen, und verschärfte Konflikte mit Sachlichkeit und Neutralität zu entschärfen.

Ich bin in diese Partei eingetreten, um mit Gleichgesinnten für unsere linken Ideale einzustehen, aber viel zu oft musste ich schon mit ansehen, wie Engagement aktiv verhindert wurde, um lieber die eigene Beutegemeinschaft zu bedienen; wie lieber Mitarbeiterposten hin- und hergeschoben wurden, wie aus lebendigen politischen Diskussionen nur noch ein stumpfes Abstimmen nach Mehrheit wurde.

Wenn ich das sehe, blutet mir das Herz, und ich Sorge mich um die Zukunft unserer Partei. Wir dürfen nicht zu einer Kaderpartei verkommen! Ich war schon immer ein sehr unabhängiger Kopf und mir ist klar dass das längst nicht überall auf Gegenliebe stößt, aber ein respektvoller Umgang und solidarisches Streiten miteinander statt gegeneinander ist in unserer Partei unfassbar wichtig.

Daher möchte ich mich gerne in die Landesschiedskommission einbringen, denn wenn ein Streit so weit eskaliert, dass die LSchK einbezogen werden muss, ist eine solidarische Schlichtung ebenso wichtig wie eine juristische Klärung; gerade in meinem Kreisverband, wo leider viel zu viele Streitigkeiten so weit eskaliert sind, habe ich das am eigenen Leib erfahren.

Ich habe selbst keinen juristischen Hintergrund, aber dennoch schon genug Erfahrung im Führen von rechtlichen Konflikten gesammelt, kenne unsere Satzungen und Ordnungen bestens und weiß auch sofort wo ich nachschlagen muss, wenn ich mir in einigen Dingen unsicher bin. Ich bin mir ebenso sicher, dass ich mit juristisch erfahreneren Genoss\*innen wie z.B. Hans Schulze-Eickenbusch, den ich ausdrücklich empfehlen möchte, in gemeinsamer Team-Arbeit dazu beitragen kann, eine lebendige und basisdemokratische Debattenkultur in unserer Partei zu bewahren.

Im Falle meiner Wahl trete ich selbstverständlich von meinem Vorstandsposten in Hannover zurück.

Ich hoffe auf eure Unterstützung!

Nico Köster



**Nico Köster**

23 Jahre

2016 Abitur

Seit 2017:

- selbstständiger Informatiker
- Mitglied der Linken

Seit 2019:

- Sprecher Die Linke BO Döhren-Wülfel
- Mitglied im Kreisvorstand Hannover

Weitere Mitgliedschaften:

- LAG Antifa
- BAG queer



## **Klaus Nielsen**

### **Bewerbung für die Landesschiedskommission**

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit bewerbe ich mich bei euch als Mitglied der  
Landesschiedskommission.

#### **Zu meiner Person**

Ich bin 60 Jahre alt und wohne in Oldenburg.

Seit meiner Oberstufenzeit bin ich politisch aktiv. Schon früh engagierte ich mich bei Protesten gegen die NPD, in der Anti-Atomkraft-Bewegung. Später kamen die Mitarbeit im ASTA, in der Rechtshilfe und in der Friedensbewegung dazu. Seit über 30 Jahren bin ich Gewerkschaftsmitglied.

Ich bin vor 5 Jahren in DIE LINKE eingetreten, um etwas gegen den Rechtsruck der Gesellschaft zu unternehmen. Schon vorher habe ich DIE LINKE bei Wahlkämpfen aktiv unterstützt.

Jetzt möchte ich als Mitglied der Landesschiedskommission dazu beitragen unseren Landesverband weiter voran zu bringen.

#### **Meine Motivation**

Mir geht es vor allem um die politische Kultur in unserer Partei. Kontroverse Diskussionen sind für das Parteileben und das politische Vorwärtkommen notwendig. Dabei müssen stets der respektvolle Umgang und unsere gemeinsame Wertebasis gegen Ausbeutung, Rassismus und Kriegstreiberei gewahrt werden. Streitigkeiten dürfen unsere politische Handlungsfähigkeit nicht lähmen.

Für mich ist es selbstverständlich bei Konflikten beide Seiten respektvoll und offen anzuhören, neutral abzuwägen und eine Entscheidung auf der Grundlage unserer Satzung und Beschlüsse zu treffen.

Für mich ist auch klar: Schiedsverfahren dürfen niemals für Machtkämpfe oder persönliche Zwecke missbraucht werden.

Durch meine Erfahrung in der Rechtshilfe kenne ich mich sehr gut mit dem Umgang mit Rechtsvorschriften, Ordnungen und Satzungen aus.

Ich möchte dazu beitragen, dass wir in unserer Partei fair und respektvoll miteinander umgehen.

Über eure Unterstützung bei meiner Kandidatur freue ich mich sehr!

Bei Rückfragen erreicht Ihr mich unter der E-Mail-Adresse: klaus.nielsen@uni-oldenburg.de